

## Antrag

der Fraktion der CDU

### EntschlieÙung

zu der GroÙen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Antwort der Landesregierung  
– Drucksachen 13/5994/6287 –

### Für Toleranz und ein friedliches Miteinander – Gegen jede Form von politischem Extremismus

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung, von Menschen verschiedener Anschauungen und Religionen muss gemeinsames Ziel aller demokratischen politischen Kräfte sein. Keine Form von Extremismus darf in unserem Land geduldet werden. Die übergroÙe Mehrheit der Bürger unseres Landes lehnt politischen Extremismus und Gewalt entschieden ab.

Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richten bei den Opfern, in unserer Gesellschaft und für das Ansehen unseres Landes in der Welt großen Schaden an.

Der Landtag verurteilt Gewalttaten und menschenverachtendes Verhalten auf das Schärfste. Die Würde des Menschen stets zu achten, muss Leitbild für unser aller privates Handeln sein, nicht nur oberstes Gebot für staatliches Handeln.

Ungeachtet dessen richten nach wie vor politische Extremisten von links und von rechts ihre Bestrebungen gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Mit großer Sorge beobachten wir insbesondere gewalttätige Ausschreitungen, auch die anhaltend brutale Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksextremistischen Organisationen. Ausländerfeindliche Straftaten bedrohen das friedliche Zusammenleben und schädigen das Ansehen unseres Landes.

Die CDU verurteilt entschieden die Übergriffe auf ausländische Mitbürger. Sie sind eine Herausforderung für unsere Demokratie und ein Angriff auf unsere Rechts- und Werteordnung. Wir verurteilen gleichermaßen gewalttätige Auseinandersetzungen ausländischer Gruppierungen in Deutschland untereinander und Übergriffe auf Deutsche.

Feige Anschläge und gewalttätige Ausschreitungen müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Gewalttäter müssen konsequent dingfest gemacht und umgehend zu harten Strafen verurteilt werden.

Dieser breite Konsens sollte jetzt nicht durch einen Wettlauf immer neuer Vorschläge zur Änderung von Gesetzen missbraucht werden. Das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung bieten eine Fülle von Möglichkeiten, auf extremistische Gewalttaten hart und schnell zu reagieren. Entscheidend ist, dass die Gerichte das mögliche Strafmaß so ausschöpfen, dass die abschreckende Wirkung des Strafrechts sich auch tatsächlich entfalten kann.

Und ebenso entscheidend ist, dass – gerade bei jungen Gewalttätern – Urteile schnellstmöglich umgesetzt werden.

Daneben müssen Maßnahmen ergriffen werden, die verhindern, dass insbesondere Jugendliche an den Rand der Gesellschaft geraten und sich aus einem Verlierergefühl heraus neues Gewaltpotential entwickelt.

Erforderlich ist: Strategie statt Aktionismus. Appelle allein reichen nicht aus, konkretes Handeln ist gefordert.

Das Bild des modernen Rheinland-Pfalz wäre ganz unvollständig gezeichnet, wenn man nicht auf die anderen Kulturen und Religionen hinwiese, die seit längerem und in zunehmendem Umfang bei uns leben. Diese gilt es vor rassistischen Übergriffen zu schützen.

Zudem plädiert der Landtag nachdrücklich für klare und Erfolg versprechende Angebote zur Integration an diejenigen Ausländer, die dauerhaft in Rheinland-Pfalz leben und arbeiten.

Derzeit fehlt eine bundesweit abgestimmte und nachhaltig unterstützte Strategie der Landesregierung gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Landesregierung ist über vollmundige Appelle bisher nicht hinausgekommen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. ihre Bemühungen zu verstärken, um Rechts- wie Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf allen Ebenen wirksamer zu bekämpfen,
2. die Verfahren zur Verurteilung rechter und linker Gewalttäter zu beschleunigen,
3. eine beim Landeskriminalamt anzusiedelnde Meldestelle für Aktivitäten von Neonazis im Internet einzurichten,
4. gemeinsam mit den in Rheinland-Pfalz ansässigen Providern eine Strategie zur Beseitigung rechts- wie linksextremistischer Domains auszuarbeiten,
5. die Videoüberwachung von besonders gefährdeten Einrichtungen wie Synagogen, Friedhöfen und anderen jüdischen Institutionen einzuführen,
6. an unseren Schulen Inhalte wie Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und politischen Extremismus sowohl im Unterricht wie auch im Rahmen von Projekttagen stärker zu berücksichtigen,
7. die Träger der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit stärker zu unterstützen, damit sie mit mobilen Sozialarbeiter-Teams in der rechtsradikalen Szene eingesetzt werden können,
8. im Sinne eines „Frühwarn-Systems“ die Polizei in die Lage zu versetzen, durch die Bildung von Sonderermittlungsgruppen mehr verdeckte Aufklärungsarbeit im gewaltbereiten Spektrum leisten zu können,
9. in ihrer Bildungspolitik die Erkenntnis umzusetzen, dass eine gute Bildung die beste Prävention gegen Anfälligkeit für politischen Extremismus ist und daher u. a. eine Unterrichtsgarantie einzuführen, zeitgemäße „Kopfnote“ vorzusehen,
10. die politische Bildung insbesondere mit dem Ziel von mehr Verständnis für die Verfahren der parlamentarischen Demokratie und für marktwirtschaftliche Prozesse sowie der Aufklärungsarbeit gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu stärken,
11. die Voraussetzungen zu schaffen, dass Familie mit Blick auf ihren Erziehungsauftrag ihrer Verantwortung für späteres sozialverträgliches bzw. rechtstreu Verhalten gerecht werden kann und daher umzukehren von ihrer familienfeindlichen Politik, die bisher u. a. ihren Ausdruck fand in der Streichung des Landesfamiliengeldes, der drastischen Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindergärten oder der Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

Für die Fraktion:  
Franz Josef Bischel